



Baurundblick

Nr. 2/2005
24. Februar 2005

In dieser Ausgabe u.a.

- Bauindustrie Niedersachsen-Bremen: Wer längerfristigen Aufschwung will, muss die Baubranche wieder zum Motor der Konjunktur machen
- 40. Öffentliche Vortragsveranstaltung der Bauindustrie: Chancen der Bauwirtschaft in 2005
- Bauindustriepäsident Prof. Warmbold sagt die Meinung
- Der aktuelle Kommentar: Recht hat er!
- Studie zur Zahlungsmoral der Unternehmen vorgestellt

Bauindustrie muss wieder Konjunkturmotor werden

(brb).- Im Rahmen der Festveranstaltung zur Verleihung des Bauindustriepreises 2004 des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen an den Geschäftsführer der NILEG Immobilien Holding GmbH, Dipl.-Ing. Bernd Hermann, am 26. Januar 2004 in Hannover erklärte Verbandspräsident Professor Dr.-Ing. Rolf Warmbold, aus unternehmerischer Sicht sei die Hoffnung berechtigt, dass nicht nur die deutsche Volkswirtschaft insgesamt nach erster Belebung im vergangenen Jahr weitere Fahrt durch ein Anziehen der Binnenkonjunktur aufnehme, sondern dass auch die Bauwirtschaft die dringend benötigten Impulse erhalte, damit die lange Jahre andauernde konjunkturelle Talfahrt zumindest gestoppt werde.

Nach Ansicht Warmbolds hat die gegenwärtige wirtschaftliche Wachstumsschwäche vor allem strukturelle Ursachen. Immer größere Teile des Sozialprodukts müssten für Sozialleistungen mit rechtsverpflichtendem Charakter aufgewandt werden. Diese Mehrleistungen würden durch Einsparungen in anderen Bereichen, überwiegend in den Investitionshaushalten, ausgeglichen. Die strukturellen Verlagerungen der Haushalte hätten aber dazu geführt, dass den Unternehmen immer höhere

Belastungen aufgebürdet würden. Die gesetzlich garantierten Sozialleistungen seien immer noch so angelegt, als ginge das Wirtschaftswachstum der Wirtschaftswunderzeit permanent weiter, aber die öffentlichen Kassen würden überbeansprucht, weil ihre Einnahmen langsamer fließen als geplant.

Warmbold: "Aus einer ehemals kerngesunden deutschen Volkswirtschaft ist ein überaus anfälliger, hoch verschuldeter, verunsicherter und überforderter Patient geworden, der zu verbluten droht. Die Reserven der Unternehmen sind aufgezehrt, die Zahl der Firmenzusammenbrüche liegt auf Rekordhöhe, die Unternehmen müssen von Jahr zu Jahr mehr Arbeitnehmer entlassen. Sie müssen ihre Investitionen so stark einschränken, dass für neu hinzukommende Arbeitskräfte keine Arbeitsplätze mehr geschaffen werden können."

Zum Inkrafttreten der sog. "Hartz IV"-Gesetze am 1. Januar 2005 nahm der Verbandspräsident dahingehend Stellung, dass zu hoffen sei, auf diese Weise die Kosten im Sozialsystem dauerhaft zu senken und mehr Anreize für die Arbeitsaufnahme Arbeitsloser zu setzen. Durch die Tätigkeit auf 1-Euro-Basis dürfe der erste Arbeitsmarkt aber nicht tangiert werden; Einsatzmöglichkeiten im Baubereich seien daher strikt abzulehnen. Sie würden das knappe verfügbare Auftragsvolumen weiter schmälern.

Nach Ansicht Warmbolds müssen den ersten Reformschritten in Deutschland weitere folgen. Wer aber den längerfristigen Aufschwung wolle, müsse die Baubranche wieder zum Motor der Konjunktur machen. Notwendig seien dafür wachstumsfreundliche und verlässliche Standortbedingungen und insbesondere ein verbessertes Investitionsklima für den Wohnungsbau, den Wirtschaftsbau und die Infrastruktur, sowohl im Verkehrsbereich als auch im öffentlichen Hochbau.

Die Investitionsbilanz der letzten Jahre zeige, dass für den Unternehmenssektor national wie

international die deutschen Arbeitskosten vielfach nicht mehr tragbar seien. Investitionen seien aber ein wichtiger Indikator für die Wertschätzung, die einem Land entgegengebracht werde. Das gelte umso mehr in einer Welt, in der es selbst für kleinere Unternehmen relativ einfach geworden sei, Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlagern, wenn ihnen die Bedingungen in der Heimat nicht mehr behagten. In den vergangenen Jahren hätten immer mehr Betriebe von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Die Umsetzung einer investitionsorientierten Politik bedeutet nach den Worten des Bauindustriepräsidenten auch, die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Unternehmen besonders im Bereich von Steuern, Abgaben und Bürokratie spürbar entlastet würden, um dadurch finanzielle Freiräume für Modernisierung und innovative Investitionen zu schaffen. Wer Investitionen anregen wolle, müsse aber auch verkrustete Strukturen auf den Arbeitsmärkten aufbrechen und Wege zu höherer Flexibilität des Arbeitskräfteinsatzes aufzeigen.

40. Öffentliche Vortragsveranstaltung der Bauindustrie: Chancen der Bauwirtschaft in 2005

(brb).- Über 350 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung kamen am 1. Februar 2005 in Bremen zur mittlerweile 40. Öffentlichen Vortragsveranstaltung der Bauindustrie zusammen, zu der der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen eingeladen hatte und namhafte Referenten vorstellen konnte.

Zum Thema "Ist Deutschland noch zu retten?" sprach Professor Dr. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Über "Grenzerfahrungen in Extremsituationen" berichtete Reinhold Messner, weltweit bekannter Bergsteiger mit etwa 100 Erstbesteigungen, davon alle 14 Achttausender, sowie im Zeitraum von 1999 bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Unter das Thema: "Chancen der Bauwirtschaft in 2005" hatte der Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Professor Dr.-Ing. Rolf Warmbold, sein Einführungsreferat gestellt. Für die Wirtschaft, so Warmbold, biete jede Situation - sei sie auch noch so schwierig - neue Chancen. Dies gelte ebenso für die Bauwirtschaft, auch wenn für das Baujahr 2005 von einem weiteren Umsatzrückgang von 3,5 Prozent auszugehen sei. Die seit

etwa zehn Jahren andauernde Nachfrage- und Strukturkrise der deutschen Bauwirtschaft sei in erster Linie eine Krise der Auftraggeber, vor allem auch der gerade für die Bauindustrie wichtigen öffentlichen Auftraggeber auf allen Gebietskörperschaftsebenen. Ein Ende der öffentlichen Finanzkrise sei nicht in Sicht, betonte Prof. Warmbold. Das ehrgeizige Ziel der Politik, im nächsten Jahrzehnt die öffentliche Neuverschuldung auf Null zu bringen, dürfe allerdings nicht durch eine Streichung von Investitionen erreicht werden. Notwendige bauliche Erhaltungsaufwendungen, die nicht getätigt würden, stellten ebenfalls eine Belastung zukünftiger Generationen dar. Auch in Niedersachsen und Bremen müssten nunmehr Modelle zur privatwirtschaftlichen Realisierung öffentlicher Infrastruktur im Hochbaubereich realisiert werden. Gleiches betreffe den Straßenbau, wo mit der A 1 das wichtigste Projekt dieser Art schon geraume Zeit der Realisierung harre. Es komme jetzt darauf an, noch in diesem Jahr die entscheidenden Schritte zu unternehmen, damit im Jahr 2006 die Aufträge vergeben werden könnten.

Die vielfach skizzierte Strukturkrise der Bauwirtschaft hat nach Meinung des Verbandspräsidenten ihre Ursache auch in dem Zustrom von Unternehmen und Arbeitnehmern aus Ländern mit niedrigerem Lohnniveau. Die inländischen Unternehmen hätten auf diese Entwicklungen durch betriebliche Neuorganisationen und zwangsläufig auch durch den Abbau von Beschäftigten reagiert. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung, die durch einen Verlust von etwa 700.000 Arbeitsplätzen in den letzten zehn Jahren gekennzeichnet sei, werde es im Bereich des bauindustriellen Hochbaus bald kaum noch klassische Bauunternehmen im herkömmlichen Sinne geben. Prof. Warmbold wies darauf hin, dass nicht die Kapazitäten als solche, sondern die absolute Zahl der Wettbewerber auf dem deutschen Baumarkt zu hoch sei. Er schlug vor, mehr als bisher über Kooperationen und auch Fusionen nachzudenken, wie dies in anderen EU-Mitgliedsstaaten, wie z. B. in Spanien, insbesondere auch durch den Mittelstand, schon vollzogen sei.

Weitere Strukturänderungen seien notwendig, wenn die Bauwirtschaft aus dem völlig aus den Fugen geratenen Wettbewerb auf dem Baumarkt wieder zurückfinden wolle zu einem Leistungswettbewerb, der über ein normales Preisgebaren und Qualität ausgetragen werde. Hierzu habe auch der Staat durch Setzung vernünftiger Rahmenbedingungen beizutragen, wozu u. a. ein funktionierendes Vergaberecht gehöre. Prof. Warmbold betonte, dass

die bremische und niedersächsische Bauindustrie das Ziel der Bundesregierung unterstütze, das geltende Vergaberecht zu verschlanken und zu modernisieren. Die vorliegenden Entwürfe seien aber ungeeignet, dieses Ziel zu erreichen, sondern würden im Gegenteil zu einer weiteren Zersplitterung des Rechtsgebietes führen. Im Rahmen der Überarbeitung des Vergaberechts dürften bewährte Grundsätze im Namen vermeintlicher Entbürokratisierung nicht einfach über den Haufen geworfen werden. Warmbold wörtlich: "Die im Vergaberecht zwingenden Gebote der Transparenz und der Gleichbehandlung der Bieter stellen Grenzen dar, die bei allen Maßnahmen der Entbürokratisierung und Vereinfachung zu beachten sind."

Zitate

„Das Bauen hat nicht nur zur Daseinsvorsorge in der Geschichte der Menschheit eine herausragende Bedeutung eingenommen. Architektur verkörpert wie kaum eine andere Ausdrucksmöglichkeit die Situation einer Gesellschaft und immerhin überdauern Relikte auch die Generationen. In jeder geschichtlichen Phase gibt es archaische und barocke Zeiten. Ich denke, die barocke Zeit der BRD erleben wir noch in Berlin. Wahrscheinlich ist auch in der Architektur und in unserer gebauten Umwelt eine neue Archaik angesagt. Ob diese Zeugnis ablegt über eine sich aufgebende Gesellschaft oder eine Erneuerung darstellt, liegt in unserer Hand. Ich finde es immerhin bemerkenswert, dass die politischen Parteien einmal einvernehmlich dem Gesetz über die Stiftung Baukultur zustimmen wollen. Offensichtlich droht ein weiterer Notstand.“

„Es ist sicherlich gut, aufzuräumen in den Unternehmen und bei der öffentlichen Hand. Es ist notwendig, mehr Effizienz anzustreben und den Aufwand zur Erreichung eines Zieles zu minimieren. Ich empfinde es aber nicht als eine so große Leistung, den Personalabbau zu feiern. Mich würde es mehr beeindrucken, wenn über eine Umsatzsteigerung oder neue Produktideen vorhandene Kapazitäten optimiert würden. Ganze Heerscharen von häufig promovierten Akademikern betätigen sich als Analysten und Controller. Eigentlich müssten wir allmählich wissen, was wir falsch machen. Die Software macht es möglich, alles pathologisch zu erfassen und mit Zufallsgeneratoren Wahrscheinlichkeiten mit wissenschaftlichem Anspruch vorher zu berechnen. Nur danach kommt nichts mehr. Sicher gegen ein Risiko ist nur derjenige, der nichts wagt.“

„Im Immobilienmarkt der nächsten Jahre wird es keine nennenswerten Flächenmehrungen mehr geben, aber es wird einen wachsenden Markt geben in der Sanierung, der Modernisierung und des Ersatzbaus. – Das Bessere wird das Gute verdrängen. – Wir werden auch in Zukunft Büros bauen, der Einzelhandel wird sich immer wieder umstrukturieren und dieses zieht bauliche Veränderungen nach sich. Es fehlen Logistikflächen und die vorhandenen werden in ihrer Qualität den zukünftigen Anforderungen nicht gerecht, neue Transportsysteme sind zu erwarten, die weniger Energie verbrauchen und mit weniger Risiken zum richtigen Zeitpunkt die Ware am Platz halten. Die älter werdende Bevölkerung benötigt andere Wohnquartiere und andere Versorgungssysteme.“

„Die Kreditwirtschaft muss zu einem vernünftigen Umgang mit Immobilien finden. Die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit führen zu einer Zurückhaltung, als wolle man mit der Immobilie als Wirtschaftszweig nichts mehr zu tun haben. Ich bin sicher, dass bereits in naher Zukunft sich diese Auffassung wieder ändern wird, weil in anderen Branchen vergleichbare Risiken lauern. Es geht letztendlich um einen vernünftigen Umgang mit dem Produkt, und da ist vielleicht mehr Sachverstand gefordert. Von den großen Kapitalanlegern wird derzeit in den nachgefragten Spitzenmärkten investiert, und auch das Vertrauen in den asiatischen Markt ist durch nichts belegt. Dieses lässt die Flops von morgen und eine Rückbesinnung auf den vielleicht weniger renditestarken aber nachhaltigen deutschen Markt erwarten.“

„Die Immobilienwirtschaft und hierin eingeschlossen die Bauwirtschaft wird noch harte Jahre zu überwinden haben. Dennoch scheint mir die Hinwendung zur Handlungsbereitschaft, die Offenheit für Veränderungen im Markt und die Wahrnehmung der Chancen im erweiterten Europa Möglichkeiten zu sein, wieder Bedeutung für die Volkswirtschaft zu erlangen.

Noch eines ist mir ein Anliegen: Ich halte es für unabdingbar, dass ingenieurmäßig vorgebildete Fachleute auch weiterhin in den Führungsebenen der Unternehmen vertreten sind. Dieses setzt Veränderungen an den Hochschulen voraus. Hier sind die Bauingenieure auf dem richtigen Weg.“

Dipl.-Ing. Bernd Hermann, Geschäftsführer NILEG Immobilien Holding GmbH, Hannover, anlässlich der Verleihung des Bauindustriepreises 2004.

Die (richtige) Meinung gesagt....

.....von Prof. Dr. Ing. Rolf Warmbold, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, anlässlich der 40. Öffentlichen Vortragsveranstaltung des Verbandes in Bremen:

„Bund, Länder und Kommunen befinden sich in einer Schuldenfalle. Der gesamte Schuldenstand hat sich seit 1990 auf über 1,4 Billionen Euro hochgeschraubt. Die Zahl ist so astronomisch hoch, dass man sie sich kaum noch vorzustellen vermag. Würde der Staat jeden Monat eine Milliarde Euro Schulden tilgen, so würde der Prozess bis zur völligen Entschuldung 117 Jahre andauern. Von Schuldentilgung sind wir aber weit entfernt. Statt dessen haben wir eine Neuverschuldung allein im Jahr 2004 von ca. 40 Milliarden Euro zu verzeichnen.“

„Was wir brauchen, ist eine Reform unseres Staatswesens an Haupt und Gliedern. Mit der schon häufig beschworenen Beschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben muss endlich angefangen werden. Die Niedersächsische Landesregierung hat begonnen, auf diesem Weg voranzuschreiten und einige - durchaus unpopuläre - Maßnahmen ergriffen. Weitere Schritte sind erforderlich. Auch in Niedersachsen und Bremen müssen nunmehr Modelle zur privatwirtschaftlichen Realisierung öffentlicher Infrastruktur im Hochbaubereich realisiert werden. Gleiches gilt im Bereich des Straßenbaus, wo mit der A 1 das wichtigste Projekt dieser Art schon geraume Zeit der Realisierung harret.“

„Der Staat muss durch Setzung vernünftiger Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass wieder ein Leistungswettbewerb stattfindet, bei dem die Bieter gleiche Chancen haben. Unter anderem gehört dazu ein funktionierendes Tarif- und Vergaberecht. Im Rahmen der Überarbeitung des Vergaberechts dürfen bewährte Grundsätze im Namen vermeintlicher Entbürokratisierung nicht einfach über den Haufen geworfen werden. Das Vergaberecht ist ein in vielerlei Hinsicht sensibles Rechtsgebiet und eignet sich nicht als Experimentierfeld. Die im Vergaberecht zwingenden Gebote der Transparenz und der Gleichbehandlung der Bieter stellen Grenzen dar, die bei allen Maßnahmen der Entbürokratisierung und Vereinfachung zu beachten sind. Der Bundesrechnungshof hat in seinem Ende 2004 vorge-

stellten Bericht über die Haushaltsführung des Bundes festgestellt, dass die öffentlichen Auftraggeber vielfach die geltenden Prinzipien des Vergaberechtes ignorieren. Dies ist nicht etwa Folge zu komplizierter oder detailüberfrachteter Vorschriften, sondern basiert darauf, dass die Auftraggeber häufig den Wirtschaftlichkeits- und den Wettbewerbsgrundsatz als Prinzipien des Vergaberechtes außer Betracht lassen - so der Bundesrechnungshof.“

Der aktuelle Kommentar:

Recht hat er!

(brb).- Was muss denn noch passieren, damit etwas geschieht? Die Bauwirtschaft und vieles andere geht langsam, aber sicher vor die Hunde, weil Vater Staat die Hände in den Schoß legt. Den in der Politik Verantwortlichen kann das gar nicht oft und energisch genug gesagt werden. Allerdings gleicht das schon dem kaum erfolgversprechenden Versuch, einen Ochsen ins Horn zu kneifen, um ihn zur Arbeit anzutreiben.

Was dringend nottut, das hat Prof. Dr. Rolf Warmbold, der Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, gerade in aller Deutlichkeit aufgezeigt. Die Staatsverschuldung, deren nachgerade astronomische Höhe sich kaum einer noch vorzustellen vermag, verbietet es, noch länger lediglich zu schwatzen von einer grundlegenden Reform des Staatswesens. Mit Nachdruck hat Rolf Warmbold verlangt, endlich anzufangen und ernstzumachen mit der Beschränkung des Staats auf seine eigentlichen Aufgaben.

Prof. Warmbold weiß, wie beinahe alles miteinander verflochten ist. Und deshalb bedeutet Staatsreform für ihn auch die Umsetzung längst erprobter privatwirtschaftlicher Modelle zur möglichst raschen Modernisierung der mittlerweile maroden Infrastruktur. Straßenbauprojekte wie die A 1 und Hochbauvorhaben lassen sich nicht länger aufschieben, wenn Deutschland als Wirtschaftsstandort nicht noch mehr von seiner früheren Attraktivität verlieren soll.

Was heute unterlassen oder falsch gemacht wird, das gefährdet die Zukunft. Rolf Warmbold hat deshalb zu Recht für die seit einem Jahrzehnt in ihrer bisher schwersten Krise steckende Bauwirtschaft vernünftige Rahmenbedingungen angemahnt, die der Staat zu schaffen hat. Warmbold dringt insbesondere auf ein funktionierendes Tarif- und Vergaberecht, das Leistungswettbewerb

recht, das Leistungswettbewerb wieder ermöglicht, und dessen strikte Transparenz- und Gleichbehandlungsgebote auf keinen Fall, auch nicht durch vermeintliche Bemühungen um Entbürokratisierung, verletzt werden dürfen. Es versteht sich beinahe von selbst, dass der niedersächsisch-bremische Bauindustrieverband und sein Präsident die bisherigen Entwürfe als ungeeignet für eine Modernisierung des Vergaberechts betrachten.

Studie Zahlungsmoral

(brb).- Die Zahlungsmoral in Deutschland ist weiter gesunken. So lautet das Ergebnis einer aktuellen Prognos-Umfrage. Dazu befragte das renommierte Meinungsforschungsinstitut 500 deutsche Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftszweigen mit einem Jahresumsatz zwischen fünf Millionen Euro. Rund ein Drittel dieser Firmen bezeichnet die Zahlungsmoral ihrer Kunden als „lässt zu wünschen übrig“ oder sogar „schlecht“. Jeder zweite Unternehmer gab gegenüber Prognos zu Protokoll, dass sich dieser Zustand innerhalb der vergangenen zwölf Monate sogar noch verschlechtert habe. Im Durchschnitt warten die Betriebe 38 Tage über die eingeräumte Zahlungsfrist hinaus auf ihr Geld. Bei sechs von zehn Unternehmen überziehen Kunden sogar um mehr als vier Wochen. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe gelten bei den befragten Unternehmen als der am schlechtesten zahlende Kundentyp. Im Branchenvergleich fühlt sich das Baugewerbe am stärksten von der niedrigen Zahlungsmoral gebeutelt. Was die Baubetriebe besonders hart trifft: Auch die öffentliche Hand, für viele der größte Auftraggeber, lässt sich viel Zeit beim Bezahlen.

Preis der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen 2004 an Dipl.-Ing. Bernd Hermann überreicht

(brb).- Dipl.-Ing. Bernd Hermann, Geschäftsführer der NILEG Immobilien Holding GmbH, wurde der mit einem Preisgeld von 10.000 EUR versehene Preis der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen 2004 verliehen und im Rahmen eines Festaktes am 26. Januar 2005 in Hannover übergeben. Präsidium und Beirat des Bauindustrieverbandes hatten sich einstimmig für die Ehrung des Preisträgers ausgesprochen.

KURZ NOTIERT

(brb).- Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in den alten Bundesländern betrug im November 2004 2.381 Mill. EUR und lag damit real um 11,8 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

In den neuen Bundesländern erreichte der Auftragseingang im November 2004 685 Mill. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Rückgang von real 8,3 Prozent.

(brb).- Im Januar 2005 stieg die Zahl der Arbeitslosen in den alten Bundesländern mit bauhauptgewerblichen Berufen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,3 Prozent auf 182.937.

Die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern mit bauhauptgewerblichen Berufen betrug im Januar 2005 187.457. Sie lag damit um 2,7 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

Impressum

*Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (0511) 7 00 08 60
Telefax (0511) 7 00 86 86
ISDN (0511) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020964, BLZ 250 500 00
Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Amtsgericht Hannover HRB 55659
Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 178247194*

*Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplar erbeten.*